

Das Problem sind nicht die Finanzmärkte **Financial Times Deutschland, 6 april 2009**

Der Pariser Forscher Jean-Paul Fitoussi lobt die Ergebnisse des G20-Gipfels, hält sie aber für unzureichend - FTD-Interview

Die Londoner G20-Beschlüsse können bei der Überwindung der Weltwirtschaftskrise helfen. Ihre Umsetzung wird aber nicht die eigentliche Ursache der Probleme bekämpfen. "Mehr Geld für den Internationalen Währungsfonds und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte sind ein Teil der Lösung. Das ursprüngliche Problem sind aber nicht die Finanzmärkte. Es liegt in der realen Wirtschaft", sagte Jean-Paul Fitoussi, Chef des renommierten Pariser Forschungsinstituts OFCE, im FTD-Interview. Der wahre Krisenauslöser sei die ungleiche Verteilung der Einkommen. Sie sei verantwortlich für die Entstehung von Blasen in der Finanzwelt.

Damit widerspricht Fitoussi der Mehrheit der Ökonomen. Ihre Krisendiagnose setzt beim Versagen der Finanzmärkte an. Nach der gängigen Interpretation wurde die aktuelle Krise durch den Boom am US-Immobilienmarkt und dessen anschließenden Zusammenbruch ausgelöst.

Hingegen besteht der Kern der Krise nach Ansicht des OFCE-Chefs darin, dass weltweit zu viel gespart worden ist, nicht zu wenig. Das Problem sei entstanden, weil es mehr als zweieinhalb Jahrzehnte eine Umverteilung der Einkommen von unten nach oben gab. Damit hätten gerade jene mehr Geld gehabt, die angesichts der Höhe ihrer Einkommen nur einen relativ kleinen Betrag ausgeben und einen hohen Teil zurücklegen. Mit diesen Ersparnissen hätten sie Vermögenswerte gekauft. "Diese Umverteilung nach oben war weltweit ein tief greifendes Phänomen. Hier liegt die Wurzel der heutigen Krise, nicht in der Finanzwelt", sagte der Forscher.

Bis in die 70er-Jahre seien die Einkommen stark zugunsten der Lohnempfänger umverteilt worden. Anfang der 80er-Jahre sei das Pendel umgeschlagen: "Es galt plötzlich, dass die hohen Einkommen und Vermögenseinkünfte möglichst stark steigen müssen, um die Wirtschaft voranzubringen." Zudem habe sich in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der Erwerbspersonen weltweit verdoppelt. Dies habe enormen Druck auf Löhne und Arbeitseinkommen ausgeübt und die Tendenz zur Umverteilung sowie das Überangebot an Ersparnissen weiter verstärkt. Es habe Länder wie die USA gegeben, die versuchten, die Konsumdynamik trotz der laufenden Umverteilung weiter aufrechtzuerhalten. Die US-Regierung zum Beispiel unterstützte die Amerikaner, sich verstärkt Geld bei den Banken zu leihen, und sei es über den Subprime-Markt für Immobilien. "Das war auf Dauer nicht tragfähig und musste irgendwann scheitern", sagte der Ökonom.

Er fürchtet, die nächste Blase wird rund um die Klimatechnologie entstehen: "Die Leute mit viel Geld haben erkannt, dass dies ein wichtiger Bereich ist. Und das wird dazu führen, dass dorthin sehr viel Geld fließt." Positiv bewertete Fitoussi den Beschluss der G20-Staats- und Regierungschefs, den Etat des Währungsfonds IWF auf 850 Mrd. \$ aufzustocken, um Krisenländern besser helfen zu können. "Die Frage ist aber, ob der Fonds dieses Geld nach den bisherigen Regeln vergibt oder nicht."

Zwar habe der IWF inzwischen bei einigen Kreditprogrammen weniger strenge Auflagen. Sie würden jedoch nur für solide regierte Länder gelten. Alle anderen Staaten müssten weiterhin strenge Vorgaben im Sozialbereich und bei den Staatsfinanzen akzeptieren. "Im Gegensatz zu den Industriestaaten können solche Länder keine antizyklische Politik betreiben." Deshalb wirke der IWF noch immer krisenverstärkend.

Der Franzose forderte darum eine grundlegende Änderung der IWF-Kreditpolitik. "Das ist möglich, wird aber eine Weile dauern", sagte er. Die IWF-Mitarbeiter bräuchten Zeit für den notwendigen Wandel in ihren Köpfen. Die in London beschlossene schärfere Überwachung von Hedge-Fonds und Ratingagenturen begrüßte Fitoussi. Schließlich habe mangelnde Regulierung die Krise verstärkt.

Scharf kritisierte er allerdings die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die CDU-Vorsitzende hatte stets betont, die Exportausrichtung der deutschen Wirtschaft sei ein Erfolgsmodell. "Das ist ein Trugschluss", sagte dagegen Fitoussi. Wenn die Amerikaner nicht so exzessiv Geld ausgegeben hätten, wäre es den Deutschen nicht gelungen, einen enormen Überschuss im Außenhandel aufzubauen.

"Eine Strategie, die darauf setzt, hohe Exportüberschüsse zu erwirtschaften, ist nicht kooperativ, weil es immer Länder geben muss, die auch Defizite machen." Dies sei auf Dauer kein tragfähiges Wachstumsmodell. Die Deutschen hätten mit ihren besonders hohen Ersparnissen tatsächlich sogar maßgeblich zum Kern des globalen Problems beigetragen.